

Magere Bilanz

Natürliche Waldentwicklung in Deutschland – ein Zwischenstand

von Hubert Weiger, László Maráz und Nicola Uhde

Über 98 Prozent der deutschen Waldfläche werden forstwirtschaftlich genutzt. Die besonders wertvollen alten Wälder – mit Bäumen älter als 180 Jahre – sind mit rund zwei Prozent Anteil an der Waldfläche nur noch marginal vorhanden. Im Wirtschaftswald fehlen die für Naturwälder typischen Alters- und Zerfallsphasen und Biotophölzer. Viele Tier-, Pflanzen- und Pilzarten, die auf solche seltenen Waldstrukturen und eine natürliche Dynamik im Wald angewiesen sind, sind stark gefährdet. Ihr Schutz schließt eine forstliche Nutzung aus. Um die biologische Vielfalt der Wälder hierzulande zu erhalten, ist es unabdingbar, mittelfristig mindestens fünf Prozent der Waldfläche dauerhaft aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, langfristig zehn Prozent. – Der folgende Beitrag zeigt auf, dass die Forstpolitik in Deutschland bislang ihrer Verantwortung, eine natürliche Waldentwicklung im genannten Umfang zu gewährleisten, nicht gerecht wird und Deutschland Gefahr läuft, seine Biodiversitäts-Schutzziele zu verfehlen. Der Beitrag umreißt zugleich die wichtigsten Eckpunkte eines Bund-Länder-Programms für natürliche Waldentwicklung in Deutschland.

Sechs Jahre nach Verabschiedung der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) durch das Kabinett der damaligen Großen Koalition ist Deutschland nach wie vor weit von dem darin formulierten Ziel entfernt, fünf Prozent der Wälder dauerhaft ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Das ist das Ergebnis des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens NWE5 über »Natürliche Waldentwicklung als Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt«.¹ Damit wurde erstmals eine Datenbasis über die Flächen mit dauerhaft natürlicher Waldentwicklung in Deutschland vorgelegt. Mit 1,9 Prozent bzw. 210.000 Hektar der Waldfläche ist heute nicht einmal die Hälfte der Zielmarke von 2020 erreicht. Eine magere Halbzeitbilanz. Die Prognose lässt nur geringfügige Zunahmen der Naturwaldflächen erwarten: 2020 dürfte mit 2,3 Prozent weniger als die Hälfte der NBS-Zielvorgabe erreicht sein.

Öffentliche Wälder – kein Vorbild

Um der besonderen Gemeinwohl- und Vorbildfunktion des öffentlichen Waldes Rechnung zu tragen, soll der Anteil der Waldfläche mit dauerhaft natürlicher Entwicklung in Staats- und Kommunalwäldern laut NBS zehn Prozent betragen. Privatwaldbesitzer sollen finanziell gefördert werden, wenn sie auf ihren Wald-

flächen dauerhaft auf den Holzeinschlag verzichten, denn der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Es käme einer Enteignung gleich, würden private Wälder zwangsweise und ohne finanziellen Ausgleich unter Schutz gestellt. Da sich in Deutschland etwa die Hälfte des Waldes in öffentlichem Eigentum befindet, würde das Fünf-Prozent-Ziel der NBS mit der Erreichung des Zehn-Prozent-Ziels natürliche Waldentwicklung im öffentlichen Wald erreicht, ohne Privatwaldflächen aus der Holznutzung zu nehmen. Mit 3,3 Prozent Naturwäldern ist der öffentliche Wald jedoch noch sehr weit von diesem Ziel entfernt. Besonders schlecht schneiden die südlichen und waldreichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg ab.

Schon während der Erhebung der Daten hatten einzelne Akteure die Herausgabe von Informationen verweigert. So hatte die Bayerische Staatsregierung frühzeitig mitgeteilt, dass sie im Gegensatz zu allen anderen Landesforstverwaltungen keine Daten zu Lage und Umfang streng geschützter Waldflächen herausgeben würde. Man halte nichts von pauschalen Flächenzielen und verfolge eine eigene Biodiversitätsstrategie. Ob Bayerns Sonderweg zu Fortschritten beim Schutz der biologischen Vielfalt geführt hat, konnte trotz Nachfragen nicht in Erfahrung gebracht werden.

Andere Akteure gaben die Informationen nur unter der Voraussetzung heraus, dass die einzelnen Informationen vertraulich bleiben. Daher können die meisten Daten für die Öffentlichkeit nicht so aufbereitet werden, dass die Flächen der Naturwälder in Bund, Ländern und Kommunen in ihrer Lage und Größe beschrieben sind. Wohlgemerkt: Es handelt sich dabei nicht um geheime Standorte von Atomwaffen oder wichtigen Versorgungsleitungen, sondern in erster Linie um öffentlichen Wald. Obgleich das Vorhaben mit Steuergeldern finanziert ist, sind die meisten Daten nur in aggregierter Form zugänglich. Dieser Umstand macht eine abschließende Bewertung unmöglich und verhindert eine kritische Begleitung durch die Zivilgesellschaft.

Es liegt nun an den Bundesländern und Kommunen, die Daten der Öffentlichkeit auf freiwilliger Basis zugänglich zu machen. Greenpeace hat bereits Hessen, Bayern und Niedersachsen verklagt, weil diese die Herausgabe der Daten über den öffentlichen Wald verweigert hatten. Niedersachsen hat inzwischen die Daten bereitgestellt. Dies wird dazu beitragen, weitere für den Schutz geeignete Waldflächen zu identifizieren, viele Buchenaltholzbestände vor weiteren Holzeinschlägen so lange zu verschonen, bis über ihre Eignung als Schutzgebiet entschieden wird.

Bessere Bilanz wurde verhindert

Die Bilanz über die Naturwälder hätte besser ausfallen können, wenn nicht zahlreiche Akteure seit Jahren vehement gegen die Ausweisung von Schutzgebieten im Wald vorgehen würden. So stoßen Initiativen zur Schaffung neuer Waldnationalparks, wie z. B. im Steigerwald, Schwarzwald, Hunsrück oder im Teutoburger Wald, stets auf erbitterten Widerstand. Die Nationalparkgegner werden dabei von einzelnen Interessengruppen unterstützt und warten mit einer breiten Palette von Gegenargumenten auf, die begründen sollen, welche schlimmen Folgen solche Schutzgebiete hätten.

So rechtfertigt aus Sicht der Kritiker schon die Schwierigkeit einer wissenschaftlichen Begründung für exakt fünf Prozent ungenutzter Waldfläche eine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Forderung nach einer Herausnahme von Waldflächen aus der forstlichen Bewirtschaftung. Es wird versucht, das Ziel (es geht um knapp 550.000 Hektar) als »pauschales Stilllegungsziel« abzuqualifizieren und den Eindruck zu erwecken, es handle sich um eine beliebige, völlig aus der Luft gegriffene Zahl. Ausgeblendet wird dabei die Legitimation dieser Zielsetzung durch partizipative gesellschaftliche Normsetzungsprozesse als Ausdruck demokratischer Willensbildung. Denn die Festlegung auf fünf Prozent ist das Ergebnis einer Abwägung durch die Bundesregierung zwischen den »Maximalforderungen« der Umweltverbände und den »Minimalforderungen« der

Forstverbände. Die Zahl ist als solche weder wahr noch falsch, und sie lässt sich weder absolut durch wissenschaftliche Arbeiten herleiten noch verwerfen.² Aus einer reinen Naturschutzsicht kann die Zahl gar nicht hoch genug sein. Aus Umweltsicht ist jedoch auch die maßvolle Nutzung des umweltfreundlichen Rohstoffes Holz sinnvoll. Dieser wird in Zeiten der Klimaerwärmung mehr denn je als Ersatzstoff für energieintensive Baustoffe wie Beton, Stahl oder Aluminium gebraucht. So fordern die Umweltverbände BUND, Greenpeace und NABU in einer Güterabwägung zwischen Umwelt- und Naturschutzzielen, mindestens zehn Prozent des Waldes dauerhaft seiner natürlichen Entwicklung zu überlassen.

Zuweilen wird versucht, andere Umweltschutzziele wie den Klimaschutz gegen Naturschutzziele auszuspielen. Das läuft häufig darauf hinaus, dass die Klimaschutzeffekte der Holznutzung als so bedeutend und vorrangig eingestuft werden, dass jeglicher Verzicht auf die Holznutzung (wie die Ausweisung holznutzungsfreier Wälder) als klimaschädlich abgelehnt wird. Mancher Ofenbesitzer befürchtet heute schon einen Mangel an Brennholz, wenn neue Schutzgebiete eingerichtet werden. Dabei ließe sich alleine mit besseren Öfen und dem richtigen Heizverhalten die Hälfte des Brennholzes einsparen.

Naturwälder gehören zur multifunktionalen Forstwirtschaft

Das Konzept der multifunktionalen Forstwirtschaft scheint zunächst einem umfassenden Nachhaltigkeitsbegriff näher zu kommen. Denn wie Karl-Reinhard Volz, Professor am Institut für Forstpolitik der Universität Freiburg, in seinem Vortrag bei der Veröffentlichung der NWE5-Ergebnisse in Berlin sagte, erfüllt nur eine mehrdimensionale Nachhaltigkeit den Anspruch auf eine umfassende Verantwortung für Natur und Mensch, hier und weltweit, jetzt und in Zukunft. »Vor diesem Hintergrund macht es natürlich überhaupt keinen Sinn, von einer nur ökologischen, einer nur ökonomischen oder einer nur sozialen Nachhaltigkeit zu sprechen, denn dies kann es per definitionem nicht geben. D.h. dem Anspruch einer mehrdimensionalen Nachhaltigkeit kann nur ein Handeln genügen, bei dem alle genannten Aspekte gleichzeitig beachtet werden.«³

Folgt man dem Vortrag von Karl-Reinhard Volz aufmerksam weiter, ist jedoch eine Ausweisung von Naturwaldschutzgebieten auf einzelnen Flächen ebenso möglich wie eine vorrangig auf den Holzertrag ausgerichtete Waldnutzung auf einigen anderen Flächen: »Ich verwende bewusst das Verb 'beachtet werden', denn Beachten heißt nicht, dass alle erkennbaren Ziele gleichzeitig maximiert werden. Das ist unmöglich!

Aber diese Ziele bei allen Entscheidungen abwägend zu beachten, und schließlich mit Blick auf ihre Wechselwirkung bestmöglich zu berücksichtigen, das geht durchaus – auch bei der Entscheidung über die Ausweisung holznutzungsfreier Waldflächen!«

Das Erfolgsrezept heißt »Das eine tun und das andere nicht lassen«. So sollen nach der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt 95 Prozent der Gesamtwaldfläche der holzwirtschaftlichen Waldnutzung überlassen bleiben.

Spar-Naturschutz geht am Ziel vorbei

Wer gehofft hatte, dass die Bekanntgabe des Sachstandes etwas Ruhe in die Debatte bringen könnte, wurde

enttäuscht. Schon am Tag ihrer Veröffentlichung wurden die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsprojekts von einigen Akteuren gänzlich abgelehnt. In der Tat wird außer den in der Bilanz zusammengefassten Waldgebieten auch in weiteren Waldflächen faktisch kein Holz geerntet. Es sind dies unzugängliche Waldstücke an Steilhängen, steinige oder sumpfige Bestände, die in der Summe durchaus erhebliche Flächen umfassen. Allerdings ist die natürliche Waldentwicklung auf diesen Flächen nicht dauerhaft rechtlich festgelegt.

Holznutzerverbände fordern, diese Flächen ebenfalls auf das Fünf-Prozent-Ziel anzurechnen, damit weniger ertragsstarke Wälder zu Schutzgebieten werden und der Verlust an Ernteholz möglichst gering ausfällt.

Warum Naturwälder?

Vier Fragen – Vier Antworten

Menschen, die sich gegen neue Schutzgebiete aussprechen oder gegen das Ziel, fünf Prozent der gesamten Waldfläche dauerhaft einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, fordern die Naturschutzseite immer wieder auf, Beweise und Begründungen dafür vorzulegen. Antworten auf einige Fragen:

1. Wie groß müssen die Naturwald-Schutzgebiete mindestens sein und wäre es nicht besser, viele im Wald verteilte kleine Flächen zu schützen?

Damit Naturwald-Schutzgebiete alle verschiedenen Entwicklungsstadien von Wäldern dauerhaft sichern können, müssen mindestens Flächen von mehreren Hunderten oder Tausenden Hektar geschützt sein. Eine natürliche Wald-dynamik kann sich nur auf großen Flächen und in großen Zeiträumen vollständig entfalten. Viele Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sind auf eine solche Dynamik angewiesen. Gleichwohl sind zusätzlich auch kleine Naturwaldflächen als Trittsteinbiotope zu schützen, damit die Distanzen zwischen den Naturwaldreservaten im Wirtschaftswald möglichst gering bleiben. Insbesondere wenig mobile Arten wie viele xylobionte Käfer sind auf ein dichtes Netz aus alten Biotopstrukturen angewiesen. Die Antwort nach groß oder klein lautet also eindeutig: »Sowohl als auch!«.

2. Wozu müssen die Naturwald-Schutzgebiete gesetzlich gesichert sein? Reichen hier nicht freiwillige Vereinbarungen und die bestehenden Alt- und Totholzprogramme aus?

Waldgesellschaften sind sehr langlebige Ökosysteme, in denen zum Beispiel Buchen bis über 400 Jahre alt werden können. Mit einem Schutzprogramm, das nur ein oder zwei Jahrzehnte dauert, ist die Entwicklung zu den alten, reifen Waldstrukturen nicht garantiert, die heute im Wirtschafts-

wald fehlen. Zudem beträgt das Intervall zwischen Holzeinschlägen in der Regel ein bis zwei Jahrzehnte. Eine natürliche Waldentwicklung wird durch solche Eingriffe unterbrochen, so dass keine alten und natürlichen Waldstrukturen entstehen können.

3. Bringt die dauerhafte Aufgabe der Holzwirtschaft überhaupt etwas für die biologische Vielfalt?

Ja, denn nur dadurch werden die Störungen etwa durch die Holzernte vermieden. Nur durch den Verzicht auf die Ernte von jungen Bäumen mit technisch wertvollem gesundem Holz können diese alt werden und Höhlen, Astabbrüche und Faulstellen ausbilden, auf die die waldtypischen Arten angewiesen sind. Ihr volles Potenzial an biologischer Vielfalt können Wälder nur unter dauerhaft natürlicher Entwicklung entfalten. Studien zeigen, dass die biologische Vielfalt in Buchenwäldern nach 50 Jahren ohne holzwirtschaftliche Nutzung sprunghaft ansteigt.⁴ Dies gilt insbesondere für die Pilze, Insekten, Moose und Flechten.

4. Können wir auf große Mengen des klimafreundlichen Rohstoffes Holz verzichten und besteht dann nicht die Gefahr von Holzimporten aus fernen Regionen mit Waldzerstörungen?

Es gibt ebenfalls keine fachliche Begründung für unseren derzeitigen, hohen Holz- und Papierkonsum. Wir müssen unseren Verbrauch an Energie und Rohstoffen an die Mengen anpassen, die uns Wälder liefern können, ohne Schaden zu nehmen und ohne die biologische Vielfalt zu gefährden. Es gibt keine Rechtfertigung für den Import von Hölzern aus Raubbau. So ist der Papierverbrauch in Deutschland mit etwa 250 Kilogramm pro Kopf und Jahr viel zu hoch. Gleiches gilt für die energetische Nutzung von Holz, die mittlerweile den Umfang der stofflichen Nutzung überschritten hat.

Übersehen wird dabei, dass es eigentlich darum geht, die *biologische Vielfalt* zu bewahren bzw. in ihrer natürlichen Ausprägung wieder zuzulassen. Das Zulassen natürlicher Waldentwicklung ist dafür der beste Weg und die vorgesehenen fünf Prozent beschreiben nur den Umfang dieser Maßnahme. Für sich alleine gesehen, könnte diese auch so gestaltet werden, dass das Hauptziel verfehlt wird: Wenn man beispielsweise einen Flickenteppich an beliebigen Waldstücken als Naturwälder ausweisen würde, die in der Summe fünf Prozent der Waldfläche bedecken. Die Flächen für den Schutz der biologischen Vielfalt müssen aber nach biologischen und ökologischen Kriterien ausgewählt werden und nicht im Stile eines pauschalen Flächenziels, bei dem nur die Waldstücke geschützt werden, wo es am billigsten ist. Geschützt werden müssen hingegen die verschiedenen heimischen Waldökosysteme mit einer möglichst vollständigen Ausstattung an verschiedenen Entwicklungsstadien und natürlicher Dynamik und dafür sind auch Flächen mit Mindestgrößen von bis zu einigen tausend Hektaren erforderlich.

Glaubwürdigkeit Deutschlands steht auf dem Spiel ...

Nur wenn die Bundesregierung auch hierzulande den Schutz der Wälder Ernst nimmt, ist sie im internationalen Kontext glaubwürdig. Mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie setzt Deutschland Artikel 6 der Konvention über die Biologische Vielfalt um, dem völkerrechtsverbindlichen Abkommen zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Demzufolge steht die Umsetzung der NBS nicht im Ermessen des Bundes oder der Länder, sondern es handelt sich dabei um eine Pflichtaufgabe nach dem Völkerrecht. Deutschland trägt hier – wie Brasilien für den Amazonas-Regenwald – eine besondere Verantwortung für die bedrohten Lebensgemeinschaften Rotbuchenwälder, denn ein Viertel des weltweiten natürlichen Verbreitungsgebietes der Rotbuche liegt in Deutschland.

Die Glaubwürdigkeit Deutschlands steht auf dem Spiel, wenn es als finanzstarkes Land nicht in der Lage ist, in einem Bruchteil seiner Wälder dauerhaft auf eine Holznutzung zu verzichten und diese als »Urwälder von morgen« der Natur zu überlassen. Forderungen aus Deutschland nach Tropenwaldschutz mit großflächigem Nutzungsverzicht in anderen Ländern wirken dann fragwürdig.

Im Gegensatz zu den Kampagnen gegen neue Schutzgebiete hält die Bundespolitik an den Zielen fest. »Die Bundesregierung unterstützt, dass wir fünf Prozent unserer Wälder bis zum Jahre 2020 sich völlig frei entwickeln lassen, das heißt, dass daraus wieder Wildnis wird«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai 2013 zur Eröffnung des Natureerbezentrum Prora. Um-

weltverbände wie der BUND begrüßen dieses klare Bekenntnis der Bundeskanzlerin zum Fünf-Prozent-Ziel der NBS, mit dem sie die Glaubwürdigkeit ihrer Biodiversitätspolitik gestärkt hat. Bereits im Jahre 2010 hatte der Deutsche Bundestag in einem fraktionsübergreifenden Beschluss die Bundesregierung ausdrücklich zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie aufgefordert. Damit dies keine Lippenbekenntnisse bleiben, müssen jetzt Taten folgen.

... daher Bund-Länder-Programm überfällig

Der BUND fordert die neue Bundesregierung daher auf, unverzüglich ein Bund-Länder-Programm »Natürliche Waldentwicklung« unter der Federführung von BMU und BMELV (Umwelt- und Forstministerium) unter enger Mitwirkung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) aufzulegen. Bei der Umsetzung müssen folgende Eckpunkte beachtet werden:

- *Zeitlicher Fahrplan und Konzept »Natürliche Waldentwicklung in Deutschland«:* Im Rahmen des Programms müssen ein verbindlicher Zeitplan und ein Konzept erarbeitet und vereinbart werden, wie das NBS-Ziel erreicht wird, fünf Prozent der Waldfläche bzw. zehn Prozent des öffentlichen Waldes bis 2020 dauerhaft der natürlichen Entwicklung zu überlassen.
- *Rechtliche Absicherung der Dauerhaftigkeit der natürlichen Waldentwicklung:* In die Bilanz zur Erreichung des Fünf-Prozent-Ziels werden nur jene Waldflächen angerechnet, deren natürliche Entwicklung dauerhaft (ohne zeitliche Begrenzung) durch eine hohe rechtliche Sicherung gewährleistet ist (sogenannte Kernbilanz).
- *Transparenz der Daten:* Die Datengrundlage und die im weiteren Verlauf erhobenen Daten für Staats- und Kommunalwälder müssen der Öffentlichkeit transparent und flächenscharf zugänglich gemacht werden. Diese hat ein Anrecht auf die vollständigen Ergebnisse einer aus Steuergeldern finanzierten Datenerfassung. Sie hat ein Anrecht auf Transparenz bezüglich der Eingriffe und Planungen in öffentlichen Wäldern, die eine besondere Gemeinwohl- und Vorbildfunktion haben.
- *Mindestens zehn Prozent natürliche Waldentwicklung im öffentlichen Wald:* In den Wäldern der öffentlichen Hand soll der Anteil der Waldfläche mit dauerhaft natürlicher Entwicklung mindestens zehn Prozent betragen, um der besonderen Gemeinwohl- und Vorbildfunktion des öffentlichen Waldes Rechnung zu tragen. Bundeswaldflächen über tausend Hektar sind sofort aus der holzwirtschaftlichen Nutzung zu entlassen. Um zehn Prozent natürliche Waldentwicklung im Landeswald zu erreichen, ist die der-

zeitige Fläche von etwa 150.000 Hektar auf über 321.000 Hektar zu verdoppeln.

- **Unterstützung von Privatwaldbesitzern:** Im Privatwald sollen die Waldflächen mit dauerhaft natürlicher Entwicklung auf freiwilliger Basis nach und nach erreicht werden. Finanzielle Förderung, einmalige Ausgleichszahlungen und Flächentausche über das Bund-Länder-Programm »Natürliche Waldentwicklung« sollen hierbei unterstützend wirken.
- **Kernflächen von Großschutzgebieten erhöhen:** Um den Anteil großer und sehr großer Flächen (mit über tausend bzw. mehreren tausend Hektar) an der Flächenkulisse natürlicher Waldentwicklung zu erhöhen, sind die holznutzungsfreien Kernflächen von Nationalparks und Biosphärenreservaten zu erweitern und neue Großschutzgebiete mit entsprechenden Kernflächen auszuweisen. Dazu zählen beispielsweise Ausweisungen von Nationalparks im Steigerwald, im Nordschwarzwald sowie im Hunsrück.
- **Pufferzonen für kleine Flächen mit natürlicher Waldentwicklung:** Sehr kleine Flächen mit natürlicher Waldentwicklung sollten nach Möglichkeit erweitert und mit einem Flächenpuffer umgeben werden, um negative Randeffekte für sehr kleine Naturwaldreservate zu verringern und diese dadurch besser zu schützen.
- **Naturschutzfachliches Konzept für die Flächenkulisse:** Bei der Erweiterung der Flächenkulisse auf mindestens fünf Prozent der Waldfläche ist bei der Auswahl der Flächen ihre Repräsentanz und Relevanz aus Naturschutzsicht zu berücksichtigen. So fehlen der jetzigen Kulisse 17 von 79 seltenen Waldtypen. Der Anteil der Laubwälder liegt mit 70 Prozent noch weit unter dem natürlichen Anteil von 98,7 Prozent.

Folgerungen & Forderungen

- Die natürliche Waldentwicklung in Deutschland ist ein zentrales Instrument, um den Schutz der biologischen Vielfalt in der Fläche zu gewährleisten.
- Der besonderen Gemeinwohl- und Vorbildfunktion des öffentlichen Waldes muss dabei Rechnung getragen werden.
- Deutschland trägt eine besondere Verantwortung auch gegenüber der Staatengemeinschaft, insbesondere beim Schutz alter Buchenwaldbestände.
- Die bisherigen Maßnahmen von Bund und Ländern verfehlen die selbstgesteckten Schutzziele. Hier muss dringend nachgebessert werden.
- Der BUND fordert ein Bund-Länder-Programm »Natürliche Waldentwicklung in Deutschland«, das vor allem die rechtssichere Ausweisung weiterer Naturwälder im öffentlichen Wald sicherstellen soll.

- **Langfristige Perspektive: mindestens zehn Prozent Waldfläche mit natürlicher Entwicklung:** Das Bund-Länder-Programm »Natürliche Waldentwicklung« sollte langfristig eine Erweiterung der Waldfläche mit dauerhaft natürlicher Waldentwicklung auf mindestens zehn Prozent anstreben. Die Hälfte davon in Gebieten von tausend bis mehreren tausend Hektar, die andere Hälfte in Trittsteinbiotopen von mindestens 0,5 Hektar Fläche.⁵

Anmerkungen

- 1 Natürliche Waldentwicklung als Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NWE5). Ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (www.nw-fva.de/nwes/).
- 2 A. Höltermann: Wälder mit natürlicher Waldentwicklung: ein großer Gewinn für die Biodiversität und wichtiger Aspekt multifunktionaler Waldbewirtschaftung! Holz-Zentralblatt, 40 (4. Oktober 2013), S. 977–978.
- 3 K.-R. Volz: Nutzungsfreie Wälder als Element einer nachhaltigen multifunktionalen Forstwirtschaft. Vortrag auf der Abschlussveranstaltung NWE5 am 14. Oktober 2013 in Berlin.
- 4 S. Winter et al.: Biologische Vielfalt und Forstwirtschaft – Naturschutzstandards für die Bewirtschaftung von Buchenwäldern im nordostdeutschen Tiefland, Sachbericht des F+E Vorhabens. 2003. – Y. Paillet et al.: Biodiversity differences between managed and unmanaged Forests: Meta-analysis of species richness in Europe. In: Conservation Biology 24 (1) 2010, pp. 101–112.
- 5 Mehr unter www.bund.net/waelder (ungekürzte Fassung)



Prof. Dr. Hubert Weiger

Vorsitzender des BUND e.V. sowie Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: hubert.weiger@bund.net



László Maráz

Koordinator der AG »Wälder« des Forums Umwelt & Entwicklung

Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: maraz@forumue.de



Nicola Uhde

Beim BUND für Wälder, Moore und Internationale Biodiversitätspolitik zuständig

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: nicola.uhde@bund.net